

Die Oberbadische

Montag, 16. Juni 2025

Oberrheinrat kritisiert Grenzkontrollen

Die grenzüberschreitenden Gremien wünschen sich mehr Unterstützung



Mehr Zusammenarbeit ist geplant. Foto: zVg/Oberrheinrat

Der Oberrheinrat hat sich bei seinem Treffen im Ortenaukreis erneut für durchlässige Grenzen und weniger Grenzkontrollen eingesetzt, heißt es in einer Mitteilung.

Präsident Bernd Mettenleiter, Landtagsabgeordneter im Wahlkreis Kehl, betonte die Wichtigkeit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hinsichtlich der aktuellen Herausforderungen für die Region. Nach der Begrüßung wurde die Sitzung mit einem Grußwort von Thorsten Erny, Landrat des Ortenaukreises eröffnet.

Im Anschluss informierte Conradin Cramer, Regierungspräsident des Kantons Basel-Stadt und Präsident der Oberrheinkonferenz 2025, über die aktuellen Aktivitäten der Oberrheinkonferenz. Das zentrale Instrument des Oberrheinrates sind gemeinsam abgestimmte Resolutionen zu grenzüberschreitenden Themen.

Kontrollen nur mit Maß

Diese Resolutionen richten sich an regionale, nationale und europäische Akteure, die dazu Stellung nehmen. Bei den Grenzkontrollen haben sich die Landesregierung

Baden-Württemberg, der Landesregierung Rheinland-Pfalz, der Region Grand Est, der Nordwestschweizer Regierungskonferenz und der Schweizer Eidgenossenschaft für die Forderung mit eingesetzt, dass bei Kontrollen mit Augenmaß vorgegangen wird und dass durchlässige Grenzen am Oberrhein für die Bevölkerung und Unternehmen wichtig sind.

Programme erhalten

Der Oberrheinrat betont in einer Resolution die zentrale Rolle des EU-Förderprogramms Interreg Oberrhein für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit – dieses ermögliche seit Projekte in Bereichen wie Mobilität, Forschung, Arbeitsmarkt und Klimaschutz. Es wurde der Erhalt des Programms verlangt und der Ausbau der grenzüberschreitenden Einrichtungen in Kehl/Strasbourg aus.

Diese Strukturen seien unverzichtbar für das tägliche Miteinander in der Region, hieß es. Der Klimawandel gefährdet zunehmend die Gesundheit der Bevölkerung am Oberrhein – insbesondere durch Hitze, Luftverschmutzung, neue Krankheiten und psychische Belastungen. Besonders betroffen seien Kinder, Ältere und chronisch Kranke.

Europäische Medienpolitik

Der Oberrheinrat fordert daher ein gemeinsames Klima-Gesundheits-Monitoring, mehr grüne Infrastruktur, hitzeangepasste Versorgungsangebote sowie grenzüberschreitende Forschung und Prävention. Um europäische Themen sichtbar zu machen und die Stimme der Grenzregion zu stärken, fordert der Oberrheinrat eine vertiefte grenzüberschreitende Medienpolitik. Geschehen solle dies durch mehrsprachige Inhalte, gemeinsame Plattformen und Nachwuchsförderung.

Mehr Bürgernähe zeigen

Der giftige Stechapfel (*Datura stramonium*) breitet sich am Oberrhein rasant aus und gefährde Umwelt, Landwirtschaft und Gesundheit. Besonders kritisch: Die Pflanze ist trotz bekannter Risiken weiterhin im Handel erhältlich. Der Oberrheinrat fordert ein Verkaufsverbot in allen drei Ländern, gezielte Aufklärung und eine stärkere Bekämpfung. Damit gute Politik auch als solche wahrgenommen wird, habe der Oberrheinrat eine neue Kommunikationsstrategie beschlossen. Ziel: mehr Sichtbarkeit, Bürgernähe und Wirkung. Künftig sollen digitale Formate ausgebaut, Medienpartnerschaften gestärkt und insbesondere junge Menschen angesprochen werden.